



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

♀: Oestreichs Pläne für Lösung der deutschen Frage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

in ganz Abyssinien herrscht. Männer wie Frauen der Falascha befolgen streng die zehn Gebote, frühe Heirathen, Vielweiberei und Ehescheidungen sind ihnen nicht gestattet. Männer dürfen nicht vor dem zwanzigsten, Mädchen nicht vor dem funfzehnten Jahre heirathen. Das weibliche Geschlecht geht unverschleiert umher. Sehr andächtig und glaubensstreng, sind sie zugleich ungemein sauber und reinlich. Sie treiben Ackerbau und Viehzucht sowie einige Handwerke; man findet z. B. unter ihnen Weber, Schmiede und Töpfer. Merkwürdig erscheint die Thatsache, daß diese abyssinischen Juden nicht nur keine Neigung zum Handel zeigen, sondern denselben geradezu verachten. Stern schreibt: „Der Handel gilt ihnen für unverträglich mit dem mosaischen Glauben, und man trifft unter dieser Viertelmillion Menschen nicht einen einzigen Kaufmann.“

Barbarisch ist die Sitte, welche mit ihren überstrengen Begriffen von Reinheit zusammenhängt. Neben jedem Dorfe befindet sich eine „unreine Hütte“. Dorthin schafft man die Kranken, deren Tod für unabwendbar gilt. Sie liegen dann einsam und verlassen; denn kein Verwandter darf ihnen nahen, nur solche, die selbst für unrein gelten, dürfen ihnen Gesellschaft und Beistand leisten.

Wir bemerken noch, daß Stern in Genda, dem Mittelpunkt des Falaschlandes, eine Missionsstation gegründet hat, und daß er sich natürlich — denn alle Missionäre thun dies — große Hoffnung auf künftige Erfolge seiner Bekehrungspredigten macht.

## Österreichs Pläne für Lösung der deutschen Frage.

Die Reise des Herzogs von Coburg nach Wien und die Mittheilungen, welche über die Tendenz der Reise in die Oeffentlichkeit gelangt sind, haben eine Menge von Muthmaßungen und Angriffen hervorgerufen.

Es ist wohl natürlich, daß die Presse der Reise eines liberalen Fürsten, der ein so erklärter Liebling des deutschen Volkes ist, Aufmerksamkeit zuwendet, aber wir halten doch die Zeit nicht gekommen, darüber ein abweisendes Urtheil zu fällen. Ueber die Haltung des Herzogs gegenüber den österreichischen Staatsmännern ist der Oeffentlichkeit nichts bekannt, nichts über die Ansichten, die er vertreten.

Endlich auch nichts Sicheres über die Pläne und Vorschläge, welche Oestreich an Preußen und die übrigen deutschen Regierungen, wie man vernimmt, richten will. Ob ein Directorium mit so und so viel Mitgliedern im Plane ist, ob ein Parlament aus Volkswahlen, ob Oestreich mit allen Provinzen seines gegenwärtigen Reichstags in die neue Föderation einzutreten gedenkt, ob die österreichischen Politiker für ihre Pläne vorzugsweise auf die Mitwirkung der deutschen Regierungen oder des deutschen Volkes rechnen, darüber hat die Presse gar nicht abzuurtheilen, denn sie weiß darüber noch nichts Sicheres. Und gerade den Blättern, welchen man eine Vorliebe für die österreichische Politik nicht schuld geben wird, würde es wenig anstehen, über ein wahrscheinlich noch nicht festgeschlossenes, sicher noch nicht endgiltig formulirtes Programm abzusprechen.

Aber wir sind der Ansicht, daß die kaiserliche Regierung Gründe gefunden haben wird, welche ihr nach den Ereignissen der letzten Wochen jedes solche Reformproject trotz der scheinbaren Gunst der Lage als gefährlich und nicht zeitgemäß erscheinen lassen.

Schon in der Mitte des vorigen Monats durfte man sagen, und sicherlich war auch dem Herzog von Coburg diese Ansicht nicht fremd, daß eine Reform der deutschen Bundesverhältnisse durch Oestreich das Bedenken gegen sich habe, nach zwei Richtungen zu spät zu kommen.

Die Deutschen sind nicht mehr ein unmündiges Volk, welches den Regierungen gestattet, über die neue Bildung Deutschlands Beschlüsse zu fassen, durch Regierungsverhandlungen eine Verfassung fertig zu machen und auf Grund derselben irgend eine Volksvertretung einzuberufen. Die Forderungen des Volkes werden durch Parteien vertreten, welche einem bestimmten Programm anhängen und mit mehr oder weniger Mißtrauen auf den guten Willen und die Kraft der Regierungen sehen. Mit der höheren Entwicklung des öffentlichen Lebens ist die Ueberzeugung allgemein geworden, daß das Volk der letzte Richter über das ihm Heilsame sein müsse und daß die Bürgschaft der Dauer und Tüchtigkeit einer Neubildung nur dann kommen werde, wenn das Volk selbst in gesunder und gesetzlicher Agitation sich seine politische Einheit erringe. Der Deutsche wird daher kritisch, ohne Wärme und ohne große Bereitwilligkeit jede Convention der Regierungen betrachten. Und wenn in der nationalen Partei, welche fast drei Viertheile des deutschen Gebietes beherrscht, ja eine verschiedene Auffassung solcher Regierungswohlthaten zu Tage kommen sollte, so würde gerade die Fraction, welche bereit wäre, auf Grundlage eines Parlaments den Regierungen freundlich entgegenzukommen, diejenige sein, welche vom Standpunkt Oestreichs und eines conservativen Regiments am meisten zu fürchten wäre. Denn ihre geheime Absicht würde sein, in dem Parlament einen festen Boden zu finden, auf welchem sie ihre Hebel einsetzt, um alles Widerstrebende vom deutschen Boden wegzuschleudern. Nach der Auffassung dieser Fraction der nationalen Partei würde ein durch Oestreich zusammenberufenes deutsches Parlament der Ausgangspunkt für eine neue größere Bewegung sein, welche die bereits begonnene Thätigkeit schneller förderte. Wenn einer solchen Auffassung energischer Politiker innerhalb der nationalen Partei eine andere gegenübersteht, welche die Wiederholung des Kampfes von 1848 fürchtet, und nur auf sicherer und genügender Grundlage den Neubau Deutschlands errichtet wünscht, so besteht der Unterschied zwischen beiden Ansichten durchaus in keiner Differenz über das letzte Ziel, sondern nur über die Mittel und Wege. Und die österreichische Regierung hat bei ihren Plänen, wie liberal ihr selbst dieselben erscheinen mögen, im besten Fall auf eine kühle Anerkennung, durchaus nicht auf die herzliche Beistimmung der Nationalen zu rechnen. Dazu ist Deutschland, wenn man die wahre Bezeichnung der Sachlage nicht mißverstehen will, bereits zu weit revolutionirt.

Es ist nicht unsre Aufgabe, zu untersuchen, ob es im Interesse Oestreichs liegt, durch Abgeordnete, welche aus den deutschen Provinzen des Kaiserstaats vom Volke selbst gewählt werden, seine eigenen Provinzen mit unserm Parteileben in parlamentarische Verbindung zu bringen. Die Herren v. Rechberg und v. Schmerling wissen besser als wir, ob das neue Oestreich seiner Abgeordneten, die nicht aus der Majorität des Reichstags entsandt werden, auf die Dauer so sicher ist, wie mit wenigen Ausnahmen im Jahre 1848 der Fall war, so sicher, daß diese nicht durch

unsre ultramontane und unsre nationale Partei mit neuen Ideen erfüllt und in neue Bahnen fortgezogen werden. Wir könnten uns den Versuch nach dieser Seite hin wohl gefallen lassen.

Aber auch aus einem andern Grunde scheint uns der Versuch Oestreichs in der gegenwärtigen politischen Situation zu spät zu kommen. Ein ernstes patriotisches Motiv ist dafür geltend gemacht worden. Die gegenwärtige politische Schwäche und unberechenbare Politik Preußens bedrohe sämmtliche deutsche Staaten mit der Gefahr eines Krieges; der Kaiser von Frankreich sei entschlossen, wenigstens im nächsten Frühjahr einen neuen Ableiter für die steigende innere Bewegung seines Landes im auswärtigen Conflict zu suchen. Nur eine schnelle patriotische Vereinigung der deutschen Staaten und Stämme mit Oestreich vermöge dagegen zu schützen. — Zuverlässig ist die Gefahr vorhanden, zuverlässig wird eine schnelle, durch unwiderstehliche Volksgewalt hervorgebrachte Concentration der deutschen Kraft das beste Mittel dagegen sein. Aber bereits jetzt, in der ersten Woche dieses Monats, kann keinem östreichischen Staatsmann verborgen bleiben, daß jedes Reformproject eines deutschen Reiches, welches von Oestreich ausgehen kann, diese Gefahren nicht verringert, sondern ins Unübersehbare vergrößert. Es ist doch nicht möglich, die politische Umgestaltung der deutschen Nation durch einen schnellen Handstreich zu bewirken und als ein fait accompli dem betroffenen Europa gegenüberzustellen, bevor dieses Kunde davon erlangt hat; und es ist schwerlich möglich, die unbestreitbaren Mängel der deutschen Heeresverfassung so plötzlich und energisch zu beseitigen, daß im nächsten Frühjahr eine einheitlich organisirte Armee, unwiderstehlich an Zahl und Kraft, die deutschen Grenzen deckt. Es bedarf für jeden, der deutsche Verhältnisse kennt, nicht der Erwähnung, daß solche Neubildung unter den günstigsten Verhältnissen mit großen Schwierigkeiten und Verzögerungen zu kämpfen haben wird. Lange Verhandlungen, Widerstand einzelner Regierungen reagirende Parteien im Volke. Und wie würde in dieser Uebergangszeit das Ausland zu den Reformversuchen Oestreichs stehen? Der deutsche Bund ist eine sehr unvollkommene Organisation, aber sein Bestehen ist durch europäische Verträge garantirt, die Pflichten und Rechte der einzelnen Bundesmitglieder sind dem Auslande gegenüber unbestritten, fest formulirt, unanfechtbar, die Großmächte haben nicht nur das Interesse, den Bund zu erhalten, sie haben leider auch aus verschiedenen Rechtstiteln das Recht, bei seiner Umgestaltung mitzusprechen. Es ist zweifellos, daß sie dieses Recht in Anspruch nehmen werden, es ist zweifellos, daß ein Principat Oestreichs auch nur über die Hälfte Deutschlands die Stellung dieses Staats zu allen Mächten des Auslandes gründlich verändern und die lebhaftesten Besorgnisse hervorrufen würde. Es ist sicher, daß jeder Versuch einer Umgestaltung des Bundes, welcher jetzt im Interesse Oestreichs geschähe, sowohl Frankreich als Rußland zu einer entscheidenden Wendung ihrer Politik veranlassen und überreiche Gelegenheit zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands geben würde. Es ist wahr, diese Gefahren würden verringert oder ganz beseitigt, wenn sich das gesammte deutsche Volk mit hoher Energie für Oestreich erklärte. Da aber voraussichtlich sowohl Preußen als einige andere Staaten, mehr als zwanzig Millionen Deutsche, der größere Theil des deutschen Landes heftig dagegen kämpfen und die übrigen wenigstens nicht begeistert sein werden, so wird den östreichischen Reformvorschlägen das fehlen,

was bei der starken liberalen Strömung der europäischen Politik allein Scheu und Achtung einflößt, eine glühende, in Fluß gesetzte Volkskraft. Wir meinen, keiner der leitenden Staatsmänner Oestreichs kann sich so verblenden, nach dieser Richtung Hoffnungen zu haben.

Denn auch diejenigen irren, welche die Verhältnisse, in denen der Kaiserstaat zu den großen Mächten des Auslandes steht, für so sicher und wohl begründet halten, daß dieser Staat jetzt allerdings in der Lage sei, in Deutschland etwas Großes zu wagen.

Die freundliche Annäherung Frankreichs in der polnischen Angelegenheit ist mehr als aufgewogen durch den letzten Ministerwechsel in Frankreich und die populäre italienische Politik des Kaisers, welche derselbe seinem Volk als Concession für die letzten Wahlen in Aussicht gestellt hat. Auch die polnische Frage bietet keine Garantie mehr, daß Oestreich, England und Frankreich noch lange im Einverständniß neben einander fortgehen werden. Bereits ist in England die Reaction eingetreten; wenn Rußland, wie es scheint, die Klugheit hat, auf die sechs Punkte der Vermittler einzugehen, so ist nicht mehr unwahrscheinlich, daß die polnische Frage durch diplomatische Verhandlungen gelöst wird. Ob dann eine aufbrennende Kriegeslust Frankreichs sich gegen Preußen oder gegen das italienische Oestreich wendet, ist in diesem Augenblick durchaus nicht vorherzusagen. Aber es ist gar nicht unmöglich, daß Oestreich eher der preussischen Hilfe, als Preußen der österreichischen bedarf. Die lauernde und gespannte Haltung, welche fast sämmtliche Großmächte Europas zu einander einnehmen, ist gerade jetzt so auffallend, daß die Möglichkeit neuer Combinationen von den Regierungen wie von den Völkern bereits mit Spannung erwartet wird. Und kaum hat es eine Zeit in Europa gegeben, in welcher das Seltsamste so möglich war und das Fremdartigste so schnell eintreten konnte als jetzt. Sogar die innern Zustände Preußens tragen dazu bei, feste Alliancen zu verhindern. Wenn die Verfassungskämpfe dieses Staates, wie immerhin denkbar ist, im Laufe dieses Jahres größeren Umfang gewinnen, und das preussische Volk in Vertheidigung seiner Rechte sich Respect und warme Sympathien Europas gewinnt, so wird diesem Staat etwas von der Schonung und Scheu zu Theil werden, womit man auch in der Politik gegenwärtig vergleichen heftige innere Entwicklungskrankheiten eines großen Organismus betrachtet. Und es mag nicht Herrn v. Bismarck, aber dem preussischen Volke gelingen, drohende auswärtige Conflictte von diesem Staate fern zu halten; eine Hoffnung, welcher die Preußen allerdings nicht zu viel vertrauen sollen.

Wir glauben nicht, daß ein Oestreicher, welcher warm an der Idee seines Staates hängt, und unbefangen auf Deutschland und die fremden Staaten blickt, sich den Gründen, welche hier angeführt wurden, entziehen kann. Und deshalb wird hier die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Reformpläne Oestreichs, wenn sie bei der seit Mitte Juni d. J., seit der Reise des Herzogs von Coburg, veränderten politischen Situation überhaupt noch vorgelegt werden, nur die Absicht haben können, guten Willen zu zeigen und ein etwa gegebenes Versprechen zu erfüllen, daß aber ihre Realisirung gegenwärtig bereits ebensowenig im wahren Interesse Oestreichs als des deutschen Volkes liegt. ♀.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von C. E. Albert in Leipzig.